

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	13. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	30. Juni 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

20.

Punkt 17 der Tagesordnung: Regionalplan Mittlerer Oberrhein 2003, Fortschreibung des Kapitels 4.2.5, Erneuerbare Energie, Plansätze 4.2.5.1 „Allgemeine Grundsätze“ und 4.2.5.2 „Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen“:

Votum der Stadt Karlsruhe zur Stellungnahme des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe im Zuge der Anhörung der Träger öffentlicher Belange

Vorlage: 2015/0343

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt – nach Vorberatung im Planungsausschuss - der Stellungnahme des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe im Zuge der Anhörung der Träger öffentlicher Belange zu und bittet den Oberbürgermeister in der Verbandsversammlung der Vorlage ebenfalls zuzustimmen

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Der Planungsausschuss hat in dieser Sache bereits beraten und hat auch ein äußerst eindeutiges Ergebnis in seiner Entscheidung getroffen, nämlich ein Patt. Auch der Planungsausschuss hat große, ernstzunehmende Bedenken gegen den Vorschlag einer Stellungnahme des Nachbarschaftsverbandes gegenüber dem Regionalverband zum Thema „Teilflächennutzungsplan Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen“.

Die CDU-Fraktion bekräftigt an dieser Stelle noch einmal, dass wir diese Bedenken unterstreichen müssen. Wir halten aus gemachten Erfahrungen mit Windkraftplanung in unserem Stadtgebiet nichts davon, dass wir Vorranggebiete künstlich schaffen, indem wir einfach Windwerte zugrunde legen, die nicht realistisch sind und die selbst unter der Annahme, dass sich die Technik dieser Anlagen nach und nach stetig, möglichst in einer arithmetischen Kurve, verbessert, dass selbst bei geringsten Geschwindigkeiten, die man jetzt mittlerweile anzunehmen bereit ist, Windkraft an diesen Stellen rechtfertigen würde.

Natürlich tragen wir mit, wenn jetzt hier in einem Entwurfsvorschlag des Nachbarschaftsverbandes die Abstandsflächen erweitert werden im Sinne der Bevölkerung. Aber das scheint uns nicht genug zu sein. Die Bevölkerung bekommt Steine statt Brot, weil allein die Abstände nicht das einzige Problem darstellen. In Details der Vorlage, beispielsweise Ettlingen, sind die Problembereiche benannt. Artenschutz ist praktisch schon ein bekanntes Thema. Wenn man die kritischen, fachlich aber fundierten Stimmen hört, dann hat man überhaupt kein schlechtes Gewissen, diese Empfehlung des Nachbarschaftsverbandes abzulehnen. Die CDU-Fraktion wird es also nicht befürworten hier und heute, dass der Nachbarschaftsverband sich so gegenüber dem Regionalverband äußert.

Stadtrat Zeh (SPD): Wir haben uns in diesem Gremium schon oft mit dem Thema Wind beschäftigt. Hier müssen wir es erneut tun, weil das Regierungspräsidium die erste Stellungnahme als nicht substantiell abgelehnt und mehr Flächen gefordert hat. Dies wird hier versucht, indem im Nachbarschaftsverband eine geringere Windhäufigkeit ausgewiesen wird. So kamen dann noch einige weitere bescheidene Flächen zustande. Es wird hier also viel Wind gemacht um nicht vorhandene Standorte.

Aber hier sieht man wie in einem Brennglas, was gleich passieren wird. Die CDU lehnt es ab, weil sie Windkraft prinzipiell ablehnt.

(Stadtrat Pfannkuch/CDU: Das ist nicht wahr!)

Der CDU-Landtagsspitzenkandidat wirft Rot-Grün vor, dass sie zu wenig für Wind tun. Aber vor Ort wird natürlich – wie hier auch wieder – alles getan, um zu verhindern, dass überhaupt die Windkraft ausgebaut werden kann. Aber wir brauchen Windkraft durchaus auch, um die Energiewende deutlich zu machen.

Auf der anderen Seite – die Stellungnahme kommt erst noch – ist den Grünen das alles viel zu wenig Wind und sind deshalb auch unzufrieden mit diesen Beschränkungen auf diesen Flächen.

Wir als SPD sehen hier als einzige die richtige Position. Wir tragen diese Vermeidungsstellungnahme des Nachbarschaftsverbandes auf jeden Fall mit. Wir halten es für eine ausgewogene Stellungnahme. Es trifft uns als Stadtrat natürlich weniger, aber wir sind mit 60 % der Stimmen im Nachbarschaftsverband die bestimmende Kraft, d. h., wenn es hier scheitert, wird der Nachbarschaftsverband keine Stellungnahme abgeben können auf der kommenden Sitzung am Montag, weil die Stadt Karlsruhe nicht dafür stimmt.

Wir als Karlsruher sind nicht betroffen, es sind die Ettlinger betroffen, die Weingartener und die Karlsbader. Das sind im Wesentlichen die Flächen, die jetzt zusätzlich ausgewiesen werden können. Wir halten diese Stellungnahme durchaus für adäquat und werden deshalb der Vorlage hier zustimmen.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Es geht heute um die Stellungnahme des Nachbarschaftsverbandes zur Teilfortschreibung des Regionalplans, also eine, die sich an den Re-

gionalverband richtet. Das kam vorhin in den Redebeiträgen etwas durcheinander. Deswegen sage ich es noch einmal.

Ziel dieser Teilfortschreibung des Regionalplans ist es, einen angemessenen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Wir hatten dazu auch im Planungsausschuss des Regionalverbands schon sehr viele Diskussionen. Immer wieder war das Ergebnis, dass sich die Gebietskulisse, um die es da ging, reduziert hat, Stück für Stück. Am Ende ist jetzt nur noch sehr wenig übrig geblieben. Die Gebiete, die übrig geblieben sind – das kommt auch noch hinzu – sind leider oft nicht optimal gelegen.

Wir sehen einfach die Gefahr, dass, wenn wir das beschließen, was im Augenblick geplant ist, der Windkraftausbau weiter stockt, so wie er es schon in Baden-Württemberg und auch in unserer Region seit Jahrzehnten tut. Die Situation im Nachbarschaftsverband entspricht dem auch. Auch der Nachbarschaftsverband hat versucht, mit seiner Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans eine Windkraftplanung auf den Weg zu bringen. Am Ende ist bei allen Diskussionen, Einwendungen und Bedenken, die es gab, nur noch ein einziges Gebiet übrig geblieben. Da hat das Regierungspräsidium gesagt, das ist eine Verhinderungsplanung. Mit dieser Planung räumt ihr der Windkraft keinen angemessenen substanziellen Raum ein. Dann hat es den Nachbarschaftsverband wieder nach Hause geschickt und gesagt, entweder ihr macht einen Plan, der wirklich auch der Windkraft Raum lässt, oder ihr lasst es mit der Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans ganz. Das heißt dann, dass grundsätzlich Windkraft überall möglich ist und es dann jeweils vom einzelnen Antragsverfahren abhängt, ob eine Genehmigung für einen Investor erfolgt oder nicht.

Wir haben jetzt für das, was im Nachbarschaftsverband passiert, für den Flächennutzungsplan keine Genehmigung des Regierungspräsidiums bekommen. Der Nachbarschaftsverband muss sich jetzt gut überlegen, wo er zusätzliche Flächen in seinen Flächennutzungsplan wieder mit hinein nimmt. Anstatt dass er sich jetzt vom Regionalverband, der noch etwas mehr Vorrangflächen vorsieht, vielleicht ein paar Beispiele, Anknüpfungspunkte holt, lehnt er jetzt auch noch das, was der Regionalplan an wenigen Windkraftflächen, an wenigen Vorrangflächen hat ab, will überall noch reduzieren, oder ein Gebiet sogar ganz herausnehmen und bringt überhaupt keine konstruktiven Vorschläge, wo denn vielleicht Potentiale für Vorranggebiete für Windkraft sein könnten.

Für uns Grüne ist einfach wichtig, das noch einmal zu sagen. Die Energiewende ist kein Luxus. Das machen wir nicht zum Spaß, sondern das ist einfach ein Muss. Ich glaube, gerade diese Hitzeperiode, die wir jetzt wieder vor uns haben, erinnert uns auch noch einmal daran, dass hier wirklich dringender Handlungsbedarf besteht. Das muss man auch immer in Bezug setzen. In anderen Teilen der Welt ist die Klimaproblematik natürlich noch eine viel schlimmere. Aber wir sind alle aufgefordert, das gilt für die Region und für den Nachbarschaftsverband, hier einen angemessenen Beitrag zu leisten und das zu tun, was wir tun können, was in unserer Macht steht.

Diese Stellungnahme, die heute auf dem Tisch liegt, ist auch wieder von dem Tenor getragen: Wir wollen so wenig wie möglich machen. Deswegen werden wir die heute auch ablehnen.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Zunächst einmal muss ich mich der Kritik meiner Vorredner von den Grünen eindeutig anschließen. Die Planung, die wir vom Nachbarschaftsverband haben, ist eindeutig darauf ausgelegt, möglichst keine Flächen zur Verfügung zu stellen. Das sieht man schon beispielsweise am erhöhten Abstand von 1.000 m statt 700 m, die natürlich überhaupt nicht ausreichend sind für eine Windkraftanlage. 700 m ist noch viel zu nah. Oder auch dass sich Politiker, von denen man das sonst eher nicht gewohnt ist, plötzlich sehr interessieren für den Vogelschutz.

Nichtsdestotrotz sind wir der Meinung, dass wir heute zustimmen sollten. Die Stadt Karlsruhe ist in der Tat nicht großartig betroffen. Es geht hier hauptsächlich darum, dass im Zuge der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sich die betroffenen Gemeinden noch einmal über den Nachbarschaftsverband Gehör verschaffen können. Ich denke, dieses Recht sollten wir diesen Gemeinden zugestehen, auch wenn wir das, was politisch in dieser Stellungnahme drin steht, nicht wirklich teilen inhaltlich. Es ist dennoch wichtig, dass diese Meinung kommuniziert wird von den Gemeinden. Deswegen werden wir heute dem zustimmen. Wir bitten noch einmal explizit darum, dass von Seiten der Stadt noch einmal dargelegt wird, was es denn für den Nachbarschaftsverband bedeutet, wenn wir jetzt dieser Stellungnahme nicht zustimmen und dann vermutlich der Nachbarschaftsverband keine Stellungnahme abgibt. Wie wirkt sich das auf die Vorranggebiete und die rechtliche Regelung, die daraus resultiert, aus?

Ansonsten bleibt mir noch zu sagen: Wir alle, die hier mit den Fächern und Kärtchen wedeln, merken, Wind ist eine tolle Sache. Wir sind froh, wenn wir hier ein bisschen davon haben. Niedrigere Abstände wären gut, um einmal eine bessere Windhöflichkeit zu haben. Aber leider sehen wir das nicht alle so, wie auch mein mittlerweile hinzu gestoßener Kollege Dr. Schmidt von der AfD auch noch gleich ausführen wird.

Stadtrat Hock (FDP): Meine Fraktion wird – das sage ich gleich vorweg – dieser Beschlussvorlage heute so zustimmen. Auch wenn es uns nicht passt - Sie können davon ausgehen, dass der FDP-Fraktion einige Dinge zum Thema Windkraft nicht passen - haben wir trotzdem unser Demokratieverständnis nicht verloren. Wir haben einen klaren Wählerauftrag. Der ist da. Den werden wir mitgehen. Deshalb habe ich Ihnen gesagt, dass meine Fraktion dieser Beschlussvorlage zustimmt.

Zur Meldung, dass heute Ministerpräsident Kretschmann den schleppenden Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg verteidigte, sich aber gleichzeitig darüber ärgerte und tobte, wundert man sich schon. Man muss eines einmal klar festhalten: Der Ausbau der Windkraft im Südwesten kommt nicht voran. Das wird auch wahrscheinlich nicht so schnell gehen, wie wir uns alle das gerne vorstellen. Denn das Ziel, 10 % der Stromversorgung aus baden-württembergischer Windenergie zu beziehen, ist völlig unrealistisch. Baden-Württemberg ist mit einer durchschnittlichen Auslastung der Windräder von 1.300 Jahresvolllaststunden das windärmste Land der Republik. Statt immer von Windrädern zu schwadronieren, sollte Grün-Rot sich wesentlich mehr um Energieeffizienz, Innovationen und Entwicklung von Speichersystemen kümmern. Das wäre der Hauptgrund, an dem man jetzt einmal ansetzen sollte.

Deshalb haben wir uns damit natürlich schwer getan. Aber wir respektieren den Wählerwillen. Deshalb wird meine Fraktion auch – wie vorhin schon beim Stadion, da passt es Ihnen auch nicht, aber wir zeigen Ihnen, wie es auch anders geht – der Beschlussvorlage heute so mitgehen.

Stadtrat Wenzel (FW): Da diese Vorlage als Vorlage für die Stadt Karlsruhe gilt und wir als Freie Wähler regional besetzt sind, werde ich dieser Vorlage zustimmen,

- a) weil sie uns nicht betrifft,
- b) weil wir irgendeine Mehrheit haben müssen, und
- c) weil der Herr Zeh es genau richtig gesagt hat. Irgendwo muss man einen Kompromiss finden. Der ist jetzt in dieser Vorlage.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben hier eine sehr interessante Situation. Ich fasse kurz die bisherige Debatte zusammen.

Die CDU ist gegen die Vorlage, weil sie gegen Windkraft ist. Die SPD ist für die Vorlage, weil sie für Windkraft ist. Die Grünen sind noch stärker für Windkraft und sind deswegen gegen die Vorlage. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Die FDP ist auch dafür, obwohl sie gegen Windkraft ist.

(Zurufe)

- Ich bin doch noch nicht fertig!

Die KULT ist dafür, weil sie für Windkraft ist.

Woher kommt jetzt diese Verwirrung? Diese Verwirrung kommt aus der schizophrenen Situation, die uns die grün-rote Landesregierung beschert hat. Vor drei Jahren hat die grün-rote Landesregierung durch die sogenannte Windnovelle den § 35 Bundesbauplanungsgesetz auf den Kopf gestellt. Durch diese Novelle ist es so, wenn in einer Gemeinde keine Vorranggebiete ausgewiesen sind, dass dann letztendlich überall Windkraftanlagen gebaut werden dürfen. Das bedeutet, wenn Vorranggebiete ausgewiesen werden, muss die Gemeinde denen, die irgendwo etwas bauen wollen, nachweisen, dass sie da nicht bauen können aus Artenschutz- oder sonstigen Gründen. Das ist mit einem ziemlichen Aufwand verbunden.

Durch dieses schizophrene Gesetz, das im Übrigen dem Bundesgesetz eigentlich widerspricht, ist es so, dass die Gemeinden, wenn sie gerade der Windkraft Einhalt gebieten wollen, Vorranggebiete ausweisen müssen. Kein Wunder ist es schizophren, denn wir sind noch schizophren. Die AfD ist gegen Windkraft, weil wir uns nämlich bundesweit in unseren Leitlinien für Artenschutz aussprechen und gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz. SPD und Grüne sind aber für Windkraft hier in Baden-Württemberg, obwohl wir das windschwächste Land Deutschlands sind. Es macht überhaupt keinen Sinn, hier Windkraftanlagen zu errichten. Frau Lisbach, wenn Sie sagen, Sie möchten Standorte mit Potential haben, muss ich sagen, leider haben wir die hier in Baden-Württemberg nicht.

Was werden wir machen? Wir werden es so machen, wie die FDP. Weil wir gegen Windkraft sind, werden wir für diese Vorlage stimmen. Ich erkläre Ihnen jetzt, warum. Mit dieser Vorlage wird der Trend, der von Grün-Rot eingeführt wurde, Windkraft in den windschwächsten Gebieten, nämlich in Baden-Württemberg, auszubauen, fortgesetzt. Mit dieser Vorlage schaffen wir es, die Vorranggebiete in immer windschwächere Zonen zu legen. Unser Ziel als AfD ist es, die Vorranggebiete in die windschwächsten Zonen zu legen, die wir haben. Denn dann können die Windkraftanlagen nur noch in diesen windschwachen Zonen gebaut werden.

Die Subventionen sind sehr hoch, die dann übrigens alle Stromkunden belasten. Dieses Jahr zahlt jeder private Stromverbraucher mit jeder Kilowattstunde 6,2 Cent nur für Windkraftanlagen, die hier in Baden-Württemberg gebaut werden und andauernd subventioniert werden. Die rechnen sich volkswirtschaftlich niemals. Die funktionieren nur, weil der Stromkunde immer mehr Subventionen bezahlen muss.

Also, weil wir dafür sind, Windkraftanlagen in Baden-Württemberg nicht zu bauen, wollen wir, dass die Vorranggebiete in die windschwächsten Zonen verlegt werden. Offensichtlich ist das auch der Tenor dieser Vorlage. Herr Zeh hat gesagt, die Windhöhe nimmt ab. Das ist letztendlich das gleiche. Herr Pfannkuch hat gesagt, die Windgeschwindigkeit nimmt ab. Es ist letztendlich genau das, was wir sagen. Wir verlegen die Vorranggebiete in eine windschwächere Zone, wo es sich eigentlich gar nicht lohnt, eine Windkraftanlage hinzustellen. Deswegen sind wir für diese Vorlage.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Diese Diskussion zeigt, welchen Wahnsinn die Landesregierung mit dieser Windkraftverordnung angerichtet hat. Aber dass es noch einmal klar ist: Hier machen sich viele Leute Gedanken darüber, was die CDU will oder nicht will. Die CDU will Windkraft an den Standorten, wo es sich lohnt. Die CDU will aber keine Vorranggebiete um der Vorranggebiete Willen. Die CDU steht auch nicht im Wege, wenn es um Einzelstandorte gehen sollte, wie beispielsweise auf dem Mühlberg. Das ist kein Vorranggebiet. Das wird aber trotzdem wohl ein Windstandort bleiben. Da sind wir alle dafür.

Nur sind wir gegen diese Vorlage, diesen Entwurf des Nachbarschaftsverbandes, um das noch einmal ganz klar zu sagen, weil wir Vorranggebiete künstlicher Art nicht befürworten können.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Ich möchte kurz noch einmal das Wort ergreifen zur Ehrenrettung der Landesregierung.

Ich möchte auch noch einmal ausführen, ein Wort war falsch. Wir sind für die Vorlage, obwohl wir für Windkraft sind. Denn wir sehen auch, dass die Stellungnahme eher schaden wird in der Hinsicht. Es ist so, dass die Landesregierung durchaus berechtigt die Kommunen und die Träger öffentlicher Belange mitreden lassen will bei der Frage, wo Windkraftanlagen gebaut werden können und wo nicht. Das wird u. a. durch diesen Vorgang hier, über den wir gleich abstimmen werden, getan. Auch das ist ein Teil davon. Wir unterstützen diesen Vorgang. Deswegen sind wir auch für die Vorlage.

Das Problem ist in der Tat, dass diese Beteiligung massiv genutzt wird, um an den Stellen in Baden-Württemberg, wo sich Windkraft lohnen würde, das zu verhindern - wie es schon ausgeführt wurde von Herrn Dr. Schmidt gerade -, damit man keine Windkraft hat. Das Problem ist nicht die Landesregierung, sondern das Problem ist, wie das teilweise von der Politik vor Ort umgesetzt wird.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Gerade in Bezug auf die rechtlichen Grundlagen, die wir jetzt haben, um mit dem Thema Windkraft umzugehen, ist einiges in Schieflage geraten. Wir hatten vorher auf Grundlage des Raumplanungsgesetzes nur die Möglichkeit, reine Vorranggebiete festzusetzen. Das hat die Landesregierung geändert, hat den Trägern der Flächennutzungsplanung und den Kommunen mehr Freiheit zur Selbstverwaltung zugestanden. Das ist etwas, das wir normalerweise in diesem Haus auch immer teilen. Wenn das einzelne Kollegen nicht so sehen, ist das schade, denn so rückt man die letztendliche Entscheidung über das Für und Wider der einzelnen Abwägungsgründe näher an die Bürger und ihre Vertreter in den Gremien heran. Das ist das eine positive Faktum.

Das andere ist: Keine Kommune und kein Nachbarschaftsverband wird gezwungen, durch die Novellierung, die die Landesregierung gemacht hat, eine Teilflächennutzungsplanung Windenergie aufzusetzen. Sondern es ist eine Möglichkeit, dass man Vorranggebiete festsetzen kann, um Gebiete auszuschließen, bei denen man weiß, da gibt es so starke Konflikte, dass man an der Stelle keine Windkraft möchte. Wir für uns als Grüne – ich sehe durchaus aber auch andere Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, die das inzwischen genauso sehen -, haben das Faktum, dass tatsächlich die Region Mittlerer Oberrhein relativ windschwach ist und wir dementsprechend große Schwierigkeiten haben mit einer so großräumigen Planung, wie es bei einem Nachbarschaftsverband mit 11 Kommunen ist, substanziiell Raum zu schaffen für die Windenergie.

Deswegen kommen wir dazu zu sagen, es macht mehr Sinn, Einzelanträge zu bewerten. Das hat dann auch nichts damit zu tun, dass die Kommunen damit einen Riesenaufwand haben. Wenn sie ein Gebäude baut, muss die Kommune auch die entsprechenden rechtlichen Festsetzungen prüfen. Ob das jetzt eine Windkraftanlage, also eine privilegierte Anlage im Außenbereich – das Gesetz heißt übrigens Baugesetzbuch - angeht, muss man dann einfach prüfen. In dem Sinne haben wir jetzt abgegeben, dass wir diese Stellungnahme nicht teilen können. Aber das hat nichts damit zu tun, dass wir jetzt krude Abstimmungsverhalten haben. Es geht um ein ganz normales rechtliches Verfahren, das Vor- und Nachteile hat, wie jedes rechtliche Verfahren. Ich finde, wir sollten jetzt einfach unsere Meinung über Handzeichen kundtun und damit hat es sich.

Der Vorsitzende: Angesichts von so viel Gerede von Schizophrenie und Wahnsinn bin ich natürlich herausgefordert. Ich bin Ihnen für die Erklärung sehr dankbar. Denn es geht letztlich nicht um die Frage, ob uns diese Stellungnahme zu viel oder zu wenig ist. Es geht um die Frage, ob wir weiter an dem Instrument festhalten wollen, über eine Regionalplanung sogenannte Vorzugsgebiete von sogenannten Gebieten, wo es nicht möglich ist, zu unterscheiden, oder ob wir es am Ende der Einzelfallprüfung jedes einzelnen Investors überlassen, der uns dann um die Ecke kommt.

Ich habe bisher sowohl im Nachbarschaftsverband als auch im Regionalverband große Vorteile gesehen, hier eine Sortierung vorzunehmen. Wir stellen fest, wie schwierig das ist. Es geht nicht nur darum, dass am Ende das Maß der substanziellen Flächen nicht genug ist. Es werden auch bestimmte Kriterien kritisch hinterfragt, beispielsweise landschafts- und städtebildnerische Kriterien von Seiten des Regierungspräsidiums. Das kann ich auch völlig nachvollziehen.

Dann kommen solche Stellungnahmen zustande, die den einen etwas zu wenig, den anderen etwas zu viel sind. Dann kann man die Strategie ändern. Sie sagen als Grüne-Fraktion, dann machen wir es lieber über eine Einzelortsdiskussion. Ich würde immer wieder versuchen – vor allem auch im Nachbarschaftsverband -, den anderen Weg zu gehen, weil ich den für richtig halte. Ich glaube aber, dass wir da im Moment einfach nicht weiter kommen.

Hier geht es jetzt nicht um den Nachbarschaftsverband, sondern um eine Stellungnahme des Nachbarschaftsverbands über ein Vorhaben des Regionalverbands. Die Frage war, was passiert, wenn wir uns hier nicht auf eine Stellungnahme einigen. Dann gibt es eben keine. Dann ist zwar der Nachbarschaftsverband angefragt, aber er hat dazu keine Stellungnahme abgegeben. Um mehr geht es im Moment auch nicht.

Die grundsätzliche Diskussion sollten wir aber trotzdem zu gegebener Zeit noch einmal führen. Ich habe aber schon den Eindruck, das wird von so vielen strategischen und hintergründigen politischen Überlegungen überlagert, dass es vielleicht die nächsten neun Monate keinen besonderen Sinn macht. Die Frage ist am Ende, nehmen wir gestalterische Potentiale in die Hand oder nicht. Dann müssen wir uns natürlich darauf einigen, wie die Spielregeln sind. Ich glaube, darüber gibt es im Moment den Dissens und nicht über die Sache Windkraft grundsätzlich.

Wir können dann zur Abstimmung kommen. Sie heben bitte Ihre Karte. Wir müssen einsammeln.

Auf die Vorlage entfallen 24 Zustimmungen, 23 Ablehnungen, 2 Enthaltungen. Damit ist die Vorlage angenommen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
24. Juli 2015